



Kommt Deutschland mit seinem Plan einer „Ausländermaut“ bei der EU durch, soll auch Österreich mitziehen, fordert, LR Zoller-Frischauf. Foto: dpa

## Landesrätin will Maut für Ausländer

Halten die deutschen Mautpläne vor der EU, will LR Patrizia Zoller-Frischauf ein ähnliches Modell auch für Österreich.

**Innsbruck** – In den Proteststurm gegen die deutschen Mautpläne kommt jetzt ausgerechnet aus Tirol eine befürwortende Stimme. Wirtschaftlandsrätin Patrizia Zoller-Frischauf (VP) fordert ein ähnliches Modell für Österreich, sollte die geplante deutsche „Ausländermaut“ EU-rechtlich bestehen. Wie berichtet, bastelt die neue deutsche Regierung auf Druck aus Bayern an einer Autobahnmaut für Pkw, die letztlich nur Ausländer treffen würde. Deutsche würden die Abgabe über eine reduzierte Kfz-Steuer refundiert bekommen.

„Wenn diese Pläne von der EU akzeptiert werden, fordere ich bereits jetzt, dass wir in Österreich eine ähnliche Regelung einführen“, erklärt Zoller-Frischauf in einer Aussendung. Verkehrsministerin Doris Bures sollte rasch die Ausarbeitung eigener Mautpläne veranlassen, findet die Landesrätin. „Die Ablehnung der deutschen Pläne allein ist zu wenig.“ Gerade die Einwohner und die Wirtschaft im Westen Österreichs seien

auf die deutsche Autobahn am Großen Deutschen Eck angewiesen, um nach Wien zu kommen. Damit sie nicht doppelt zur Kasse gebeten werden, brauche es eine Entlastung bei der Kfz-Steuer.

Im Wiener Verkehrsministerium sieht man trotz des Aufschreis aus Tirol keinen Grund zum Handeln. „Die deutschen Pläne werden nicht halten. Sie sind EU-rechtswidrig“, wiederholt Pressesprecherin Marianne Lackner, was auch Ministerin Doris Bures immer wieder kundtut.

Sehr skeptisch ist auch der Direktor des ÖAMTC Tirol, Andreas Heis. „Der Vorschlag klingt zwar vordergründig bestechend.“ Doch Experten des deutschen Schwesterklubs ADAC hätten errechnet, dass der Verwaltungsaufwand des deutschen Systems die Einnahmen übersteige. Nur rund sieben Prozent der Fahrleistung auf deutschen Autobahnen stammten von Ausländern. Heis spricht sich auch dagegen aus, dass jeder Staat eigene Mautpläne wälzt. In einem vereinten Europa kann das nicht sein. (cm)

## „An Heli-Ausschreibung führt kein Weg vorbei“

Kreisende Rettungshubschrauber werden nicht mehr disponiert. AK würde Neustart bei der Flugrettung begrüßen, Liste Fritz fordert Bedarfserhebung.

**Innsbruck** – Experten sind sich einig, in der Tiroler Landesregierung dürfte es wohl auch bald grünes Licht für eine europaweite Ausschreibung der Tiroler Flugrettung geben. Der Heli-Streit im Zillertal um die Stationierung eines dritten Rettungshubschraubers von Roy Knaus auf einem nicht genehmigten Heliport hat die Diskussion beschleunigt. Ursprünglich war sie ohnehin vorgesehen, weil sie im 2009 beschlossenen Rettungsdienstgesetz verankert ist.

Vorerst gibt es einmal eine Anweisung der Landesregierung an die Leitstelle Tirol: In der Luft kreisende Rettungshubschrauber werden nicht mehr von der Leitstelle für Einsätze disponiert. Zuletzt versuchte Knaus, so das Start- und Landeverbot zu umfliegen und wartete in der Luft auf Aufträge der Leitstelle. Die Reaktion anderer Unternehmen ließ nicht lange warten, auch sie patrouillierten in der Luft, um wiederum in anderen Einsatzgebieten Knaus die Transportflüge wegzuschnappen. Die Anweisung des Landes gilt für alle Heli-Unternehmen.

Die Luftwirbel haben für den ehemaligen Direktor des Landesrechnungshofes und Vergabeexperten Klaus Mayramhof eine klare Konsequenz: An einer Ausschreibung der Flugrettung führt kein Weg vorbei. „Das Land hat es in der Hand, die Flugrettung zu regeln.“ Hand in Hand mit einer Ausschreibung müsse eine Bedarfserhebung gehen. „Schließlich geht es auch darum, dass die Transporte mit den Medicoptern für die einzelnen Unternehmen wirtschaftlich sein sollten und der Beitrag der öffentlichen Hand

so gering wie möglich sein soll.“ Derzeit zahlt das Land rund 1,6 Mio. Euro für die Grundversorgung aus der Luft, pro Flug sind das rund 650 Euro. Die Krankenkasse steuert 950 Euro bei. Für Transporte nach Sport- und Freizeitunfällen muss entweder die Versicherung des Verletzten bzw. Letzterer selbst aufkommen.

Derzeit heben in den Wintermonaten 15 Rettungshubschrauber in Tirol ab, mit Knaus-Heli im Zillertal sind

es 16. Das Land möchte die Anzahl auf maximal zehn bis zwölf Hubschrauber in der Wintersaison beschränken, sechs davon sollen ganzjährig stationiert werden. Mit einer Ausschreibung könnte auch das derzeitige Dilemma gelöst werden, ist Mayramhof überzeugt. „Denn die Leitstelle würde nur jene Hubschrauber für Rettungsflüge disponieren, die vom Land dafür beauftragt wurden.“

AK-Präsident Erwin Zan-

gerl ist erfreut, dass die Landesregierung jetzt eine Ausschreibung überlegt. „Erst vor wenigen Tagen haben wir aufgrund der aktuellen Entwicklungen rund um die Flugrettung das Land noch einmal aufgefordert, diese endlich auszuschreiben und damit für Rechtssicherheit zu sorgen.“ Nach Jahren des Stillstands komme tatsächlich Bewegung in die Sache. „Offenbar wird von der Regierung nun ein kompletter Neustart der Flugrettung anvisiert – inklusive Ausschreibung.“

Die Liste Fritz wirft der Regierung grobe Versäumnisse vor: „Der Grund für die wieder aufgekochten Streitereien liegt in den Versäumnissen der Landesregierung. LH Platter, LR Tilg und Co. waren und sind unfähig, endlich für ganz Tirol den Bedarf an Rettungshubschraubern erheben zu lassen und darauf aufbauend die weiteren Schritte zu setzen“, kritisiert Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Die fehlende Führungskraft, die die Tiroler seit Jahren beim bodengebundenen Rettungswesen mit steigenden Kosten und verschlechterter Versorgung erleben müssten, zeigt sich jetzt wieder bei der Flugrettung.

Gesundheits-LR Bernhard Tilg (VP) hat laut Haselwanter-Schneider die Flugrettung endlich aktiv anzugehen, Experten beizuziehen und eine Lösung auszuarbeiten und vorzulegen. „An einer fundierten und unabhängigen Bedarfserhebung für ganz Tirol, wie viele Rettungshubschrauber es im Winter und wie viele es im Sommer tatsächlich braucht, wird die Landesregierung in keinem Fall herumkommen.“ (pn)



Der Heli-Streit nimmt immer kuriosere Formen an. Ohne Zielort und Einsatzposition kreisende Hubschrauber werden nicht mehr disponiert. Foto: Böhm

## Agrarnovelle wird Ende Jänner fertig

**Innsbruck** – Mit der Einsetzung eines Substanzenverwalters will die Landesregierung den jahrelangen Streit zwischen Gemeinden und Agrargemeinschaften beenden. Den Agrariern steht der Haus- und Gutsbedarf zu, alle Holzerlöse und gewerblichen Einnahmen aus dem Gemeindegut gehören den Gemeinden. Die Novelle zum Flurverfassungsgesetz soll den Höchstgerichtserkennt-

nissen Rechnung tragen. Bei ihrer Regierungsklausur in Gnadewald haben ÖVP und Grüne vereinbart, dass das neue Agrargesetz Ende Jänner zur Begutachtung verschickt wird, ein Beschluss wäre im Mai-Landtag möglich.

Während sich die Arbeiterkammer freut, dass die schwarz-grüne Regierung endlich ihre Vorschläge zum Arbeits- und Wohnungsmarkt bei der Klausur aufnimmt,

hagelt es von der FPÖ Kritik. „Die Regierung hätte längst ein Maßnahmenpaket gegen die steigenden Arbeitslosenzahlen schnüren können, nämlich im Budget für 2014“, betonen die beiden freiheitlichen Politiker NR Peter Wurm und LA Heribert Mariacher. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für die Wirtschaftsförderung gebe es keine zusätzlichen Gelder.

AK-Präsident Erwin Zangerl

sieht sich hingegen bestätigt. Die Regierung habe erkannt, dass sie dringend Maßnahmen gegen die Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen setzen müsse, lobt er die geplanten Beschäftigungs-offensiven für Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Die diskutierte Zweckbindung der Wohnbauförderung wird vorbehaltlos unterstützt, um weitere 50 Mio. Euro für den Wohnbau zu lukrieren. (pn)

### Kurzmeldungen

#### Wer kennt diesen Mann?

**Rattenberg** – Wie berichtet, überfiel am 20. Dezember kurz nach 9 Uhr morgens ein Unbekannter einen Goldschmied in Rattenberg. Der Täter erbeutete Bargeld und Goldschmuck in noch unbekannter Menge. Von dem Unbekannten liegt jetzt ein Phantombild vor. Hinweise an das Landeskriminalamt oder jede andere Polizeidienststelle erbeten. (TT)



Phantombild des Räubers: Wer kennt diesen Mann? Foto: LPD Tirol

#### Debatte um aktive Sterbehilfe

**Innsbruck** – Für SPÖ-Gesundheitssprecherin Gabi Schiessling hat parteipolitischs Hickhack bei der Diskussion über Sterbehilfe keinen Platz. Ein Verbot der aktiven Sterbehilfe im Verfassungsrang lehnt Gabi Schiessling ab. Es benötige mehr öffentliche Diskussion über das Ende des Lebens. (TT)

#### Bahnhöfe werden ausgebaut

**Bozen** – Die Südtiroler Landesregierung hat gestern vier dringende Mobilitätsprojekte auf den Weg gebracht: Die Bahnhöfe von Vierschach und Mühlbach werden ausgebaut und die Lärmschutzwände in Sterzing verlängert. Beschlossen wurde auch der Bau einer Brücke in Naturns. (TT)

#### Mit Glück aus Lawine entkommen

**Wenns** – Bei einem Lawinenabgang am Pitztaler Mittagskogel wurde gestern ein deutscher Snowboarder vom Schnee mitgerissen. Dank seines ABS-Rucksacks wurde er nicht verschüttet. Glück hatte auch ein Snowboarder in Sölden. Nach einem Lawinenabgang konnte er von zwei Kameraden gerettet werden. (TT)

#### Bub bei Skiunfall schwer verletzt

**St. Jakob i. D.** – Ein acht- und ein neunjähriger Bub aus Deutschland waren gestern im Skigebiet Brunnalm in St. Jakob i. D. unterwegs, als der Neunjährige von hinten kommend gegen den jüngeren Buben fuhr. Beide kamen zu Sturz. Der Achtjährige musste mit schweren Verletzungen ins BKH Lienz geflogen werden. (TT)